



Pressemitteilung post Haushaltsberatungen

12.06.2020

Mit gemischten Gefühlen bewerten b-now und SPD das Ergebnis der vergangenen Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept. „Leider war es nicht möglich, dieses Konzept einvernehmlich durch alle Parteien abzusegnen und das obwohl für alle sehr deutlich wurde, dass die Luft aus dem Haushalt definitiv raus ist - die Stadt Neu-Anspach ist im wahrsten Sinne mit dem Kopf unter Wasser und der rettende Strohhalm ist sehr kurz“ betont Bernd Töpperwien.

Erstaunt zeigen sich SPD und b-now darüber, dass es nicht gelungen ist, allen Beteiligten die Rahmenbedingungen des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes zu vermitteln. Die Aufsichtsbehörde habe die Stadt dazu verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept auf Basis der Zeit „vor Corona“ aufzulegen, und hierzu einen nachhaltigen Abbaupfad gefordert. „Diesen Anforderungen wird das erstellte Konzept in vollem Umfang gerecht“, freut sich auch Till Kirberg. „Wir sind sehr zufrieden, dass ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept verabschiedet wurde, welches zu keiner weiteren Belastung der Bürger führt. Schreckgespenster, die von anderen Parteien bezüglich Erhöhungen von Grundsteuern oder Kindergartengebühren an die Wand geworfen wurden, sind vom Tisch“, freut sich Kevin Kulp und fährt fort „Entgegen anders lautender Gerüchte wurde auch keine Steuererhöhung für das Jahr 2021 beschlossen.“

Die beiden Parteien betonen, dass die bereits im Februar einstimmig beschlossene Kostensenkungen im KiTa-Bereich in enger Abstimmung mit dem Stadtteilernbeirat definiert werden sollen. „Alle Behauptungen, man wolle die Qualität der Kinderbetreuung oder die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen verschlechtern, sind schlichtweg Phantasiegespinste“ bemerkt Christian Holm.

Dass durch Corona derzeit keine seriösen Planungen zur weiteren finanziellen Entwicklung möglich sind, ist jedoch sicher. Für das laufende Jahr wird, wie für Bund, Länder und andere Städte und Gemeinden, ein Nachtragshaushalt erforderlich werden, sobald tragfähige Abschätzungen der finanziellen Einbußen bei Steuer- und Gebühreneinnahmen vorliegen. „Wir gehen davon aus, dass Kämmerei und Bürgermeister diese Entwicklung im Auge behalten“ stellt Jürgen Göbel fest. Letztlich sei die Frage nach den Auswirkungen von Corona jedoch erst Gegenstand der Haushaltsberatungen für das Jahr 2021. „Schließlich muss dafür klar sein, welche Maßgaben unter Berücksichtigung von Corona für kommunale Haushalte gelten“, meint Matthias Henninger. Es könne nicht sein, dass für die Kommunen, anders als für das Land Hessen, die Doktrin der „Schwarzen Null“ weiter aufrechterhalten werde.

Enttäuscht sind die Politiker beider Parteien jedoch über das Verhalten der oppositionellen Gruppierungen. „Am 4. Juni haben CDU, Grüne und Freie Wähler durch die Verweigerung der Zustimmung zum Haushaltssicherungskonzept die dringend notwendige Botschaft verspielt, den Bürgern zu zeigen, dass es allen Parteien um das Wohl der Menschen in Neu-Anspach geht und nicht um das Parteiprofil für den anstehenden Wahlkampf“ stellt Bernd Töpperwien bedauernd fest.

Im nächsten Schritt wird nun die Genehmigungsbehörde zu entscheiden haben, ob sie dem Konzept nun zustimmt.